



Amts- und Rechtshilfe: Hat der Bankkunde noch Rechte?

Fachgruppe Litigation

Zürich, 12. November 2009

Einführung

- 2007: Schengen und neue Staatsverträge
- 2009: UBS-Feuerwehrübung
- 2009: „Rechtsstaatlich sauberes Verfahren“ betreffend Auskunft an die Vereinigten Staaten über 4'454 UBS-Konten
- 2009: Aktivismus der Bundesbehörden: Verhaftung Polanski
- Grenzen der Amts- und Rechtshilfe?
- Konsequenzen für den Schweizer Finanzsektor

Feuerwehrübung (1) um US-Kunden der UBS

- Rechtshilfeersuchen der USA an die EStV vom 16. Juli 2008
- UBS liefert die verlangten Unterlagen an die EStV am 13. August 2008
- Schlussverfügung EStV vom 17. Oktober 2008
- Beschwerde betroffener Kontoinhaber vom 18. November 2008
- Pressemitteilung FINMA vom 18. Februar 2009, die UBS habe auf ihre Anweisung die betreffenden Unterlagen an das IRS übermittelt
- Bundesverwaltungsgericht verbietet am 23. Februar 2009 der FINMA die Übermittlung und verlangt Auskunft
- FINMA schreibt am 25. Februar 2009, sie wisse nicht, was die UBS übermittelt habe
- BVwGer bezeichnet den Suchauftrag an die UBS als zulässig, tritt aber mangels Rechtsschutzinteresse nicht auf die Beschwerde ein
- Separate Beschwerde gegen Verfügung FINMA beim Bundesverwaltungsgericht

Amtshilfe heute: Neue Eingriffsmöglichkeiten bei Fiskaldelikten

- Neue Bereiche der Rechtshilfe:
 - Neue Staatsverträge
 - Hinterziehung von direkten Steuern
- Neue Zuständigkeit
 - EStV bei Hinterziehung von direkten Steuern
- Neue Zwangsmittel?
 - Bei einfacher Hinterziehung direkter Steuern?
 - Innerschweizerisch ist das Bankgeheimnis nur bei schweren Steuerwiderhandlungen aufgehoben (DBG 192)

Feuerwehrübung (2) um US-Kunden der UBS

- 19. August 2009: Vergleich UBS/IRS, Abkommen CH/USA
 - Amtshilfegesuch umgehend an UBS weiterleiten
 - Erste 500 Verfügungen binnen 90, restliche binnen 360 Tagen
 - Ca. 4450 Kontenbeziehungen fallen unter die Kriterien
 - Zusätzliche Auskünfte bei Änderung der Rechtsprechung des BVwGer
- 1. September 2009: Verfügung EStV betr. Amtshilfe
 - Suchauftrag an UBS gemäss geheimem Annex
- UBS teilt ihren Bankkunden mit
 - Empfehlung Zustimmung direkte Übermittlung an IRS
 - Zustellungsbevollmächtigter in der Schweiz
 - Pflicht, eine Beschwerde dem US Attorney General in Kopie mitzuteilen

Rechtshilfe heute

- Rechtshilfe ist aus Schweizer Sicht ein Verwaltungsverfahren
- Reine Behauptung einer strafbaren Handlungen genügt
- Im internationalen Verhältnis sehr rechtshilfefreundliche Gesetzgebung
- Im internationalen Verhältnis sehr rechtshilfefreundliche Praxis
- „Russische M&A-Streitigkeit“

Neue Praxis zur Rechtshilfe (1)

- Schweizer Initiative: Verhaftung von Prominenten
- Reaktion der amerikanischen Behörden
- Bundesstrafgericht: bei Rechtshilfe ist Fluchtgefahr immer gegeben

Roman Polanski

Alpenblickstrasse, 3780 Gstaad, (Tel: 033 7486300 Alt)

Decision

Report

Report v06

Gateway

My Deltavista

Adressemittlung

Address Details

Move

Decision Makers

Pay Details

Adressdetails

Info über die Privatperson (Adressstatus: zuletzt bekannt [i](#))

Adresse	Roman Polanski	-
	Alpenblickstrasse	
	3780 Gstaad	
	Schweiz	

Neue Praxis zur Rechtshilfe (2)

- Schweizer Initiative: Zustellungsfiktionen bei betroffenen Bankkunden
- Bundesstrafgericht: Zustellungsfiktion auch bei Korrespondenzvereinbarung, nicht nur bei banklagernder Post
- Swiss Finish: Kein Kostenersatz, selbst wenn Rechtshilfeersuchen zurückgezogen

Grenzen der Amts- und Rechtshilfe?

- Grundrechte? Schutz der Privatsphäre?
- Bankgeheimnis? Amtsgeheimnis? Steuergeheimnis?
- Rechtmässiges und faires Verfahren?
- Rechtshilfepraxis heute ist Sonderrecht zulasten „böser“ Ausländer, getrieben von einem Bedürfnis, gegenüber ausländischen Behörden gut auszusehen
- Ausgeprägter „Will to Please“
- Souveränität der Schweiz?

Konsequenzen für den Schweizer Finanzsektor

- Steuerlich solide Lösungen
- Klare Verhältnisse schaffen
- Sich nicht in schlechte Lösungen hineinziehen lassen
- Bestehende Beziehungen überprüfen
- Bereit sein, wenn ein Amts- oder Rechtshilfefall eintritt (Verbindung zum Kunden, Rechtsanwalt instruieren)
- Rechtmässigkeit und Verhältnismässigkeit einfordern
- Verantwortung im politischen Leben wahrnehmen